

Presseservice der SPD

Bonn, den 03.06.1992

391/92

10 | 20 | 30 | 40 | 50 | 60

Mitteilung für die Presse

Zum Referendum in Dänemark erklärt das Mitglied des SPD-Parteivorstandes, der schleswig-holsteinische Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Gerd Walter:

Der Ratifizierungsprozeß muß weitergehen

Das Ergebnis ist eine dreifach schlechte Nachricht:

Für ganz Europa, weil das dänische Nein als Alibi für die wachsende nationalistische Anti-Europa-Bewegung mißbraucht werden könnte.

Für den Norden Europas: Das Ziel, Skandinavien Gewicht und Einfluß in Europa zu verschaffen, ist weiter in die Ferne gerückt.

Für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark im Rahmen der EG: In Brüssel wird jetzt viel Überzeugungsarbeit nötig sein, um dafür auch in Zukunft Unterstützung zu bekommen.

Dänemark hat entschieden, künftig in Europa nur noch in der 2. Liga zu spielen. Es ist guter demokratischer Brauch, das zu respektieren.

Umgekehrt muß respektiert werden, daß die anderen Völker ihren Weg gehen. Der Ratifizierungsprozeß von Maastricht muß weitergehen - auch wenn am Ende eine EG der zwei Geschwindigkeiten mit Mitgliedern 1. und 2. Klasse stünde. Der Ausbau der Gemeinschaft ist unverzichtbar. Ohne eine starke Gemeinschaft wird es keine stabile Neuordnung Europas geben. Das ist besonders für Deutschland wichtig. Die richtige Antwort auf das größere Deutschland ist mehr europäische Integration. Alles andere brächte die Deutschen in eine Rolle, die niemand wollen kann. Gerade diejenigen unter unseren Nachbarn, die über Deutschlands Zukunft besorgt sind, sollten eigentlich die

/2

ausgestreckte Hand Deutschlands ergreifen und den europäischen Weg mitgehen. Auf diesem Weg darf es jetzt keine Umkehr geben. Europa befindet sich an einer Wegscheide. Es gibt Chancen, die sich nicht beliebig wiederholen.

Bei alledem ist die dänische Debatte auch eine Aufforderung, den Besorgnissen von Bürgern, die es in allen Ländern gibt, Rechnung zu tragen. Die künftige Europäische Union muß demokratischer sein als die heutige EG.

Die künftige Europäische Union darf kein Versicherungspalast sein: Umweltschutz und Sozialpolitik müssen stärker werden.

Und schließlich: Die künftige Europäische Union darf kein zentralistischer Superstaat sein, in dem es weder Heimatgefühl noch Demokratie gibt: Europa muß sein, aber die Kirche gehört ins Dorf.

Deshalb ist Maastricht auch nur ein Schritt in die richtige Richtung. Aber einer, der getan werden muß. Die Konsequenz aus der Kritik an Fehlentwicklungen in der EG ist eben nicht ein Nein, das nichts verändert, sondern ein Ja zu mehr und besserer Integration.